

Grenzenlose Umwelt – „Nur gemeinsam kann Europa die Umwelt schützen“

Am 22. Februar 1989 fand im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn ein „Europäisches Umweltforum“ statt. 300 Besucher diskutierten mit 11 Experten aus Belgien, Großbritannien, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland über Lage und Entwicklung der Umweltpolitik in Europa. In seiner Eröffnungsrede begründete Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer die Notwendigkeit einer europaweiten Umweltpolitik.

Klaus Töpfer: Hat die Umwelt in Europa eine Chance?

Die Umwelt wird in Europa eine Chance haben, weil nur so Europa eine Chance hat. Europa muß mehr werden als eine hocheffiziente Wirtschaftsgemeinschaft, die ihren Bürgern beispiellosen nationalen Wohlstand vermittelt — einen Wohlstand, der nicht die Kosten berücksichtigt, die er als Hypothek für kommende Generationen in Natur und Umwelt hinterläßt.

Die Umwelt hat in Europa eine Chance, wenn wir mit Europa nicht nur die Gemeinschaft der zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft verbinden. Diese Offenheit der Gemeinschaft, von der Bundesregierung in ihrer Präsidentschaft gegenüber dem Warschauer Pakt konkret in Angriff genommen, hat eine doppelte Bedeutung:

Europäisch sein heißt demokratisch sein — dies war etwa für Spanien über lange Zeit die wesentliche Grundlage des Strebens in die Europäische

Gemeinschaft hinein. Die Faszination der europäischen Einigung muß für uns daher auch die Chance für die Permanenz demokratischer Strukturen in Europa sein.

Mit Blick auf Umweltbelastungen wird deutlich, daß man in Europa insgesamt aufeinander angewiesen ist. Die Zusammengehörigkeit über ideologische Grenzen hinweg wird bewiesen. So ist es sicherlich kein Zufall, daß sich in den Ländern des Warschauer Paktes gesellschaftlicher Veränderungswille besonders mit der Problematik von Umweltbelastungen verbindet — und es ist ebensowenig ein Zufall, daß sich dies ebenso verbindet mit der Wiederentdeckung regionaler Identitäten und kirchlicher Einrichtungen.

Soziale Marktwirtschaft für ein grenzenloses Europa

Gerade in der Bundesrepublik Deutschland wird diese doppelte Perspektive besonders nachhaltig spürbar. „Europäisch sein heißt demokratisch sein“ — dies muß unser Angebot an unsere östlichen Nachbarn ebenso sein wie die Bereitschaft, auf eine Entlastung der Umwelt mit unseren technologischen und auch materiellen Möglichkeiten hinzuwirken. Hierin sehe ich zwei entscheidende Anforderungen an das „Gemeinsame Europäische Haus“, von dem Generalsekretär Gorbatschow immer wieder spricht. Hinzukommen muß, daß dieser alte Kontinent die immer junge Idee und Faszination einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung gegen die Verlockung eines staatlichen Dirigismus verteidigen muß. In dieser marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung muß die soziale Sicherung der arbeitenden Menschen gewährleistet sein: die verpflichtende Idee der sozialen Marktwirtschaft muß auch in ein grenzenloses Europa eingebracht werden.

Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung

Eine Chance für die Umwelt in Europa wird es geben. Denn es wächst in Europa mit erstaunlicher Geschwindigkeit das Bewußtsein, daß wir für die Erhaltung der Schöpfung Verantwortung tragen. Dieses Bewußtsein müssen gerade konservative Parteien in Europa als eine einigende Idee aufgreifen und glaubwürdig in Politik umsetzen. Eine Ausbeutung der Natur durch den Menschen ist eine im hohen Maße unchristliche Verhaltensweise. Konservativ bedeutet für mich, im Respekt vor der Schöpfung Zukunft zu gestalten. Es ist eine großartige Chance für eine im modernen Sinne konservative Politik, wenn sich immer mehr junge Menschen wieder mit der Erhaltung der Natur beschäftigen, nicht als eine nostalgische Flucht aus der Realität, sondern aus

der wiedergewonnenen Erkenntnis für unsere Gesamtverantwortung gegenüber der Schöpfung.

Europäischer Binnenmarkt bringt wirtschaftlichen Nutzen

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte vom 1. Juli 1987 haben sich die EG-Mitgliedsstaaten verpflichtet, den europäischen Binnenmarkt bis 1992 schrittweise zu verwirklichen. Dieser Binnenmarkt soll „ein Raum ohne Binnengrenzen (sein), in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist“.

Die Europäische Kommission hat in einem Bericht, dem sogenannten Ceccini-Report, die wirtschaftlichen Wachstumspotentiale ermittelt, die mit diesem europäischen Binnenmarkt der Zwölf verbunden sind. Der Bericht zeigt imposante Zahlen für den wirtschaftlichen Nutzen auf:

- eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes in der Gemeinschaft um 170 bis 200 Milliarden ECU, also etwa 340 bis 500 Milliarden DM, das ist eine Steigerungsrate von 5% des gemeinschaftlichen Bruttoinlandsproduktes.

- Zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze in Europa — bei einer Wirtschaftspolitik, die die neuen Handlungsspielräume voll ausschöpft, sogar bis zu 5 Millionen neuer Arbeitsplätze.

Dies sind wahrlich imposante Zahlen und Perspektiven, deren Verwirklichung die zahlreichen noch verbleibenden Aufgaben der Harmonisierung und des Abbaus der Binnengrenzen mit viel Nachdruck in Angriff nehmen läßt.

Wirtschaftliches Wachstum erzeugt mehr Umweltbelastungen

Für die Umweltpolitik verbinden sich mit diesem Wachstumsschub zentrale Fragestellungen. Die umweltpolitische Herausforderung ist stets verbunden gewesen mit der Frage nach der Bewältigung der Konsequenzen wirtschaftlichen Wachstums. Spätestens nachdem der Club of Rome 1972 seine aufrüttelnde Studie „Grenzen des Wachstums“ veröffentlicht hat, steht die Frage nach der Verantwortbarkeit eines wirtschaftlichen Wachstums im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Denn dieses Wachstum wird gekennzeichnet durch die enge Koppelung mit dem Energieverbrauch, dem Rohstoffverzehr und den Umweltbelastungen und läßt in der Projektion den Zeitpunkt vorhersehbar werden, von dem an die

Aufnahmekapazität von Luft, Wasser und Boden für die flüssigen, gasförmigen und festen Abfallstoffe unseres Wirtschaftens erschöpft ist. Viele der drängenden Umweltbelastungen, die sich national, kontinental und global stellen, sind als mittelbare oder unmittelbare Konsequenz wirtschaftlichen Wachstums in Vergangenheit und Gegenwart zu erklären — von dem Zuwachs an CO₂-Emissionen als Ergebnis weltweit steigender Nutzung fossiler Energieträger über Altlasten früherer oder gegenwärtiger Beseitigung von Abfallstoffen aller Art bis hin zu den Schad- und Nährstoffbelastungen des Grund- und Oberflächenwassers in Flüssen und Meeren. Chronische Umweltverschlechterungen und sichtbare Schäden der Umwelt werden als Hinweis dafür gewertet, daß es noch nicht oder noch nicht hinreichend gelungen ist, alle Kosten wirtschaftlichen Wohlstandes und des Wachstums in den Preisen aufzufangen, die wir gegenwärtig für diesen Wohlstand bezahlen. Es wird besorgt gefragt, ob wir weiterhin die Ausbeutung der Natur durch den Menschen zulassen wollen.

Umweltverträgliche Gestaltung des wirtschaftlichen Wachstums

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, daß wir die wirtschaftlichen Entwicklungsimpulse, die mit der europäischen Einigung verbunden sind, so frühzeitig wie irgend möglich, auf die damit verbundenen Umweltauswirkungen befragen und daß durch konsequentes politisches Handeln eine Entkoppelung des wirtschaftlichen Wachstums von Umweltbelastungen, Rohstoffverbrauch und Energienachfrage erreicht wird. Von hoher Dringlichkeit ist es, daß neben dem Ceccini-Report eine überzeugende Studie vorgelegt wird, die der Frage „Umwelt und Binnenmarkt“ gewidmet ist.

Denn Umweltvorsorge ist am besten in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs zu verwirklichen; denn dann wird umweltentlastende Technik unmittelbar in neue Anlagen und Maschinen eingebaut und nicht Umweltschutz nur durch die Nachrüstung vorhandener Anlagen möglich. Was an Umweltvorsorge im wirtschaftlichen Aufschwung versäumt wird, kann später nur mit wesentlich höheren Kosten „end of the pipe“ nachträglich abgebaut und nicht vorsorgend vermieden werden. Die Umwelt wird in Europa eine Chance haben — denn dieser hochindustrielle, dicht bevölkerte Kontinent wird nur eine technologische Führungsrolle behalten können, wenn er wirtschaftliches Wachstum umweltverträglich gestaltet. Europa muß weltweit den Nachweis dafür bringen, daß menschliche Kreativität in der Lage ist, wirtschaftlichen Wohlstand mit weniger Energieverbrauch, mit weniger Rohstoffverzehr und ohne Umweltbelastungen zu erreichen. Die weltweit existenziell bedrohenden

Umweltbelastungen, vor allem der Treibhauseffekt und damit verbunden der Schutz tropischer Regenwälder, der Schutz der Ozonschicht, ein Stopp der fortschreitenden Wüstenbildung und der verantwortliche Umgang mit komplexen, modernen Technologien müssen von Europa her zu einer Lösung geführt werden. Europa muß aufgrund seines hohen Sanierungsbedarfs bezüglich früher entstandener Umwelthypothesen, aufgrund seines hohen wirtschaftlichen Wohlstandes und seiner technologischen Kapazität diese Vorreiterrolle weltweit übernehmen — aus dem eigenen Interesse an der Sicherung eines weiterhin nutzbaren Industriestandortes auf diesem Kontinent heraus, aber auch zur Gewährleistung weltweiter Stabilität unserer Umwelt vor dem Hintergrund einer weiterhin dramatisch wachsenden Weltbevölkerung.

Bändigung durch ökologischen Rahmen

Umweltpolitik bedarf der politischen Aktion und damit geeigneter politischer Instrumente. So wie die Marktwirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft ausgebaut wurde, so müssen auch die Auswirkungen wirtschaftlicher Entwicklung auf Natur und Umwelt durch einen ökologischen Rahmen gebändigt werden. Dabei darf es nicht um eine nachträgliche Korrektur eingetretener Schäden gehen, sondern Vorsorge muß leitendes Ziel umweltpolitischen Handelns sein. Die Erfahrung mit den marktwirtschaftlichen Steuerungskräften zeigen uns, daß politische Ziele dann am besten erreicht werden, wenn sie auch aus dem Eigeninteresse des einzelnen resultieren. Auch in der Umweltpolitik müssen daher wo immer möglich Anreize so gesetzt werden, daß sie Verhaltensänderungen und Investitionen zugunsten der Umwelt bewirken. Solche Anreize sind in einer Vielzahl möglich und nutzbar — von den möglichst umfassenden Informationen des Verbrauchers über die Umweltrelevanz von Produkten und Verhaltensweisen über die Förderung von Steuer und Abschreibungsvergünstigungen bis hin zu Abgabetatbeständen, die so fixiert sein müssen, daß sie über die Entlastung des eigenen Geldbeutels zu umweltverträglichem Verhalten motivieren.

Information ist stets Voraussetzung richtigen Verhaltens. Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist damit eine der zentralen Grundlagen wirksamer Umweltpolitik. Die Umsetzung der entsprechenden EG-Richtlinie ist für uns in der Bundesrepublik Deutschland deshalb außerordentlich dringlich, die eingetretene zeitliche Verzögerung mehr als ein Schönheitsfehler. Information ist auch sicherzustellen über den Zustand der Umwelt und deren Veränderung. Die Initiative von Kommissionspräsident

Delors für eine Umweltagentur, die die Aufgabe hat, den Zustand der Umwelt in Europa zu überwachen, wird deswegen von uns begrüßt, wobei wir davon ausgehen, daß bestehende Systeme wie CORINNE oder GEMS eingebunden werden. Die moderne Technik der Informationserarbeitung und Informationsverarbeitung muß in Europa für die Umwelt genutzt werden.

Die Information der Verbraucher ist durch verstärkte Kennzeichnung von Produkten zu verbessern. Der Erfolg, den die Auszeichnung umweltfreundlicher Produkte durch den sogenannten Umweltengel in Deutschland hat, ist Beleg für die Wirksamkeit dieses Instrumentes.

Mehr wirtschaftliche Anreize zur Vermeidung von Belastungen

Das Instrument einer umweltbezogenen Fortentwicklung der Steuersystematik und der Abgabentatbestände ist bisher in Europa kaum in Angriff genommen worden. So wäre es ungleich leichter, sich in Europa über Emissionswerte für Abwässer in die Oberflächengewässer zu einigen, wenn die mit diesen Werten verbundenen Restverschmutzungen einer europaweiten Abwasserabgabe unterliegen würden. Damit wäre der wirtschaftliche Anreiz zur Vermeidung von Belastungen automatisch verbunden. Auch bei dem Kampf zur Verminderung von CO₂-Emissionen muß die Möglichkeit eines entsprechenden Abgabentatbestandes europaweit intensiv diskutiert werden, da diese für den Treibhauseffekt entscheidenden Belastungen durch Filter oder technische Rückhaltesysteme nicht vermindert werden können. Eine KFZ-Steuer, die europaweit bei den Emissionen von SO₂, NO_x und Ruß, aber auch von CO₂ ansetzt, wäre möglicherweise geeignet, die für einige Mitgliedsstaaten unzureichenden Entscheidungen bezüglich der Einführung des 3-Wege-Katalysators über das Instrument wirtschaftlicher Anreize in ihren Auswirkungen wesentlich zu entspannen.

Bezüglich der Direktförderung umweltentlastender Investitionen darf nicht in erster Linie an neue Umweltfonds gedacht werden. Entscheidend ist es vielmehr, die gerade verdoppelten Strukturfonds auch für den Umweltschutz möglichst intensiv nutzbar zu machen — was in Kenntnis der UVP-Richtlinie ohnedies vorgegeben ist.

Die Entscheidung der EG zu den Regional- und Agrarfonds sehen diese Verbindung zum Umweltschutz bereits jetzt ausdrücklich vor und sollten entsprechend genutzt werden. Sicherlich sollte aber eine bessere finanzielle Ausstattung des EG-Umweltschutzes auch in den EG-Haushaltsberatungen durchgesetzt werden. Die Bundesregierung setzt sich dafür nachdrücklich ein.

Trotz grenzenloser Umweltpolitik Spielraum für nationale Prioritätensetzung notwendig

Umweltpolitik in Europa muß grenzenlos vorangetrieben werden — im Europa der Gemeinschaft, in der Gemeinsamkeit mit den EFTA-Ländern, aber auch über die ideologischen Grenzen zwischen Ost und West hinweg. Über die Elbe und damit über die Nordsee ist man von Schweden bis Großbritannien grenzenlos verbunden mit der ČSSR und der DDR; durch die Ostsee ist man von Finnland über die UdSSR und Polen bis hin zur Bundesrepublik Deutschland grenzenlos verbunden; über die Luft gibt es den grenzenlosen Austausch von Schwefeldioxyden und Stickoxyden aus den Steinkohlekraftwerken und den Braunkohlekraftwerken der ČSSR und der DDR bis hin nach Skandinavien.

Innerhalb dieses Kontinentes muß es aber nach wie vor Spielräume geben für die Durchsetzung regionaler Prioritäten. Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung innerhalb Europas, die Unterschiede in der Bevölkerungsdichte und in der geographischen Lage machen es unumgänglich notwendig, nicht nur den gemeinsamen Nenner zum Maßstab umweltpolitischen Handelns zu machen. Die Einheitliche Europäische Akte hat diesen eigenständigen Wert der umweltpolitischen Zielsetzung klar definiert, der Europäische Gerichtshof hat dementsprechend entschieden. Bereits anlässlich des Wassersymposiums, das auf meine Einladung von den EG-Umweltministern im Juni 1988 in Frankfurt durchgeführt wurde, wurde auf die Notwendigkeit einer Regionalisierung europäischer Umweltpolitik etwa mit Bezug auf die Einzugsgebiete größerer Flüsse oder der Nordsee verwiesen. Dieser Gedanke ist bedeutsam, damit regionale Prioritäten auch im entsprechenden politischen Handeln ihren Niederschlag finden können. So ist es sinnvoll, mit Blick auf den Schutz der Nordsee bei den Rheinanliegerstaaten die Einführung der dritten Reinigungsstufe bei kommunalen Kläranlagen zu vereinbaren, auch wenn diese innerhalb der EG insgesamt nicht oder nicht in absehbarer Zeit durchsetzbar ist. Harmonisierung auch der Umweltpolitik kann nicht heißen, ungleiche Tatbestände gleich zu behandeln. Aber genauso deutlich ist festzuhalten, daß nur der nach zusätzlichen nationalen Handlungsspielräumen in der Umweltpolitik rufen sollte, der die europäischen Regelungen auch wirklich umgesetzt hat. Derartige Vollzugsdefizite, soweit sie in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden sind, beseitigen wir mit Nachdruck, wenn auch deutlich gesagt werden muß, daß nirgends ein Vollzugsdefizit dergestalt vorliegt, daß dadurch die Umwelt weniger entlastet wurde als von der Gemeinschaft gefordert.

Dringend erforderliche umweltpolitische Maßnahmen

Diese weitergehenden umweltpolitischen Antworten auf regionale oder nationale Belastungsunterschiede der Umwelt in der Gemeinschaft können und dürfen nicht automatisch als bewußtes oder unbewußtes Unterlaufen des Binnenmarktes verdächtigt oder diskriminiert werden. Wenn beispielsweise die von der Gemeinschaft fixierten **Immissionswerte** für NO_x in einzelnen Ballungsgebieten der Gemeinschaft nahezu erreicht oder gar überschritten werden, dann müssen in diesen Gebieten weiterreichende Anforderungen an die NO_x -Verminderung durch den Individualverkehr gestellt werden — der geregelte Katalysator muß allein aus Gründen der Gesundheitsvorsorge etwa in Smog-Situationen zur Bedingung gemacht werden können. Mit einem Verstoß gegen den Binnenmarkt kann dies wirklich **nicht** in Zusammenhang gebracht werden. Wie wollen wir auf Dauer der Bevölkerung in Europa und weltweit erklären, daß dieser Kontinent technologisch führend ist und auch die besten Autos produziert, wenn die Durchsetzung der die Umwelt stärker entlastenden US-Grenzwerte in Europa als Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht angesehen wird? Die USA wird von niemandem deswegen als einheitlicher Markt in Frage gestellt, weil beispielsweise in Kalifornien anspruchsvollere Vorschriften in der Luftreinhaltung verwirklicht werden.

Die für 1990 festgelegte generelle Überarbeitung des Luxemburger Auto-Kompromisses von 1985 muß daher zumindest für die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit schaffen, die Emissionswerte verbindlich festzulegen, die mit der bestverfügbaren Technik des geregelten Drei-Wege-Katalysators erreicht werden können. Ebenso muß noch in diesem Jahr die zweite Stufe der Grenzwerte für die Emissionen von Lkw verabschiedet werden. Mit dem wirtschaftlichen Wachstumsschub des Binnenmarktes, mit dem weiteren wirtschaftlichen Zusammenwachsen Europas, geradezu symbolträchtig konkretisiert im Kanaltunnel, wird gerade auch der Güterverkehr deutlich ansteigen. Es muß so schnell wie irgend möglich gehandelt werden, damit damit verbundenen Umweltbelastungen vermieden werden. Vornehmlich durch die weitestgehende Verlagerung zumindest des Verkehrszuwachses auf die Schiene, aber auch durch die nachhaltige Verminderung der gasförmigen Emissionen und der Partikel. Der Rußfilter ist entwickelt und muß ebenso verbindlich gemacht werden wie die Absenkung der NO_x -Werte auf die in der Schweiz bereits beschlossenen 9 Gramm.

Europa muß sozial und umweltverträglich handeln

Die Zukunft gehört weltweit der umweltverträglichen Technologie. Wer über Umweltdumping heute Märkte werben oder halten will, wird nicht nur in

Zukunft die Märkte verlieren, sondern mit der Sanierung der Umweltschäden den kurzfristigen Vorteil mittel- und langfristig teuer bezahlen müssen. Vor allem aber wird die Akzeptanz gerade der nachwachsenden jungen Generation für die Industriegesellschaft leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Umweltverträglichkeit von Produktion und Produkten wird das entscheidende Markenzeichen zukünftigen wirtschaftlichen Erfolges sein. Die Kreativität muß auf die Erforschung und Durchsetzung der umweltentlastenden Technologien gelenkt werden, weil in der Beanspruchung der natürlichen Umwelt, in Wasser, Boden, Luft, die entscheidenden Engpässe für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität liegen. Europäisch sein heißt demokratisch sein — diese Gleichung muß weiterhin Bestand für uns und Motivationskraft für unsere Nachbarn im Osten haben. Diese Gleichung muß genau so selbstverständlich ergänzt werden: Europäisch sein heißt sozial und umweltverträglich handeln.



Miet Smet:

Belgien für freiwillige Abkommen

Die belgische Umweltministerin Miet Smet empfahl, die Möglichkeit freiwilliger Abkommen mit der Industrie in der EG mehr zu nutzen, um so zu einer Verringerung der Schadstoffbelastungen zu kommen. In Belgien werde dieses Instrument erfolgreich genutzt, das auch die Kontrolle über das Einhalten vereinbarter Werte erleichtere. In der Bundesrepublik führe eine solche Vereinbarung dazu, daß die Aerosolindustrie inzwischen 90% ihrer Sprays ohne den Ozonkiller Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) herstelle.

★ ★ ★

Hubert Weinzierl:

Deutsche Großfeuerungsanlagenverordnung auch in Nachbarländern anwenden

Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland (BUND), Hubert Weinzierl, bedauerte, daß in der EG die Ökonomie nach wie vor Vorrang vor der Umwelt habe. „Einzig die in der Bundesrepublik ins Leben gerufene Großfeuerungsanlagenverordnung, die nun auch EG-Recht wurde, erfüllt den Anspruch, umweltpolitische Verantwortung realisiert zu

haben.“ Notwendig sei vor allem eine gemeinsame europäische Energiepolitik. Außerdem verlangte er eine umfassende Vorsorgepolitik in Europa zur Sicherung der Umwelt. Von einer Vorreiterrolle sei die EG noch weit entfernt. Darüber hinaus bezeichnete Weinzierl die moderne Gentechnik als einen neuen Bereich, in dem bei einer Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt ein „umweltpolitisches Fiasko“ drohe. Gegenwärtig seien solche Vorhaben in der EG nur in der Bundesrepublik und in Dänemark verboten. Er forderte die CDU, aber auch alle anderen europäischen C-Parteien, dazu auf, das Verantwortungsbewußtsein für die Schöpfung als eine zutiefst konservative Aufgabe im politischen Handeln sichtbar werden zu lassen.

★ ★ ★

Earl of Caithness:

Ohne Wachstum kein Umweltschutz

„Schlagt nicht immer auf die Industrie ein“ mahnte der britische Staatsminister für Umwelt, Earl of Caithness. Gerade das Beispiel Großbritanniens habe gezeigt, daß ohne wirtschaftliches Wachstum kein Schutz der Umwelt möglich sei. Das habe sein Land in den Jahren der Labour-Regierung erfahren. Als gravierendstes Umweltproblem nannte er die drohenden Klimaveränderungen infolge des durch den enormen Anstieg von Kohlendioxid verursachten Treibhauseffektes. Es könnte weltweit zu „fürchterlichen Auswirkungen“ kommen, wenn die steigende Temperatur einen Anstieg des Meeresspiegels zur Folge habe, was Wissenschaftler annehmen.

★ ★ ★

Dr. Jens Peter Schaefer:

Erfolgreicher Umweltschutz ist undenkbar ohne technischen Fortschritt

Der Sprecher der Geschäftsführung der Lurgi GmbH, Dr. Jens Peter Schaefer, stellte fest, daß die Politik der Bundesregierung Helmut Kohl die technische Weiterentwicklung gerade im Bereich des Schutzes unserer Umwelt aktiv gefördert habe. Als Beispiel nannte er die Großfeuerungsanlagenverordnung. „Erfolgreicher Umweltschutz ist undenkbar ohne technischen Fortschritt.“ Die politischen Instanzen müßten aber das Tempo der Gesetzgebung so bemessen, daß die technische

Weiterentwicklung damit Schritt halten könne. Er beklagte die europaweit unterschiedlichen Umweltauflagen. Problematisch erscheine ihm insbesondere die Einbeziehung der östlichen Nachbarländer zu werden, da dort die Prioritäten anders gelagert seien und der Mangel an finanziellen Ressourcen offenkundig sei. „Die deutsche Bundesregierung oder die EG könnte zinsgünstige langfristige Kredite unter der ausdrücklichen Zweckbindung an Umweltinvestitionen gewähren.“

★ ★ ★

M. Flavio Cotti:

Außenpolitik bedeutet für die Schweiz Außenumweltpolitik

Der Schweizer Umweltminister, M. Flavio Cotti, befand, die Technik allein könne nicht die Beziehungen des Menschen zur Natur verbessern. Vielmehr müßten sich die Menschen in ihrem Verhalten ändern. „Die Neutralität der Schweiz kann kein Grund sein, im Umweltschutzbereich im Sinne eines Dialoges nicht die totale Zusammenarbeit mit der EG anzubieten. Außenpolitik für die Schweiz bedeutet je länger je mehr auch Außenumweltschutzpolitik.“ Diese setze zwei Elemente voraus: Auf der einen Seite die gemeinschaftliche Harmonisierung der Normen und auf der anderen Seite auch die zeitliche Terminierung, damit sich die Normen auch niederschlagen können. Eine gewisse Spannweite in den Möglichkeiten solle sehr wohl gelassen werden. „In den zeitlichen Vorstellungen; viel weniger bei den Normierungen.“

★ ★ ★

Dr. Karl Holoubek:

Harmonisierung der Umwelt in Europa auf hohem Niveau

Für Optimismus auch in Umweltfragen plädierte Dr. Karl Holoubek, Vorstandsmitglied der Hoechst AG. Er wolle den Berg der gravierenden Probleme nicht verharmlosen, aber es sei doch nicht zu verkennen, daß das Maximum der Emissionen aus der Chemischen Industrie mindestens eineinhalb Jahrzehnte zurückliege. In einem positiven Umfeld seien die Probleme leichter und effizienter zu lösen, als in einem Umfeld, das durch Angst und Mißtrauen geprägt sei. „Wir sehen die Schutzziele positiv, meinen

aber, daß es darauf ankommt, sie mit so wenig Bürokratie wie möglich zu erreichen.“ Nirgendwo in Europa solle es durch die Nichtanwendung des Standes der Technik im Umweltschutz Standort- oder Wettbewerbsvorteile geben. Er erhoffe sich aber eine Harmonisierung der Umwelanstrengungen auf hohem Niveau. „Und es sollte dann auch nicht notwendig sein, EG-Richtlinien bei der Umsetzung in unser nationales Recht zu verschärfen.“

★ ★ ★

Klaus Dürkop:

Umweltverträglichkeitsprüfung endlich einführen

Der Präsident des Naturschutzverbandes „Deutscher Bund für Vogelschutz (DBU)“, Klaus Dürkop, dankte dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Klaus Töpfer, für die gute Zusammenarbeit mit seinem Naturschutzverband. Man „sei immer auf ein offenes Ohr“ gestoßen. Er warnte davor, „zuviel Technik in die Natur hineinzubringen“. In diesem Sinne sei jetzt auch die Einführung einer strengen Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig. Zur Verbesserung der europäischen Umweltbildung schlug Herr Dürkop einen europäischen Jugendaustausch im Natur- und Umweltschutz vor.

★ ★ ★

Ursula Schleicher, MdEP:

Weltweite Lösungen durch internationale Zusammenarbeit

Die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments, Ursula Schleicher, nannte einleitend die weltweit aktuellen Schlagworte: Ozonloch, Klimaveränderungen und Anstieg des Meeresspiegels.

Diese globalen Probleme könnten nur noch durch weltweite Lösungen mittels internationaler Gremien bewältigt werden. Dabei mache sie jedoch deutlich, daß internationale Konventionen nach ihrer Ratifizierung zwar verbindlich, ihre Einhaltung aber kaum kontrolliert werde. „Auf die Nichteinhaltung stehen keine Strafen, d. h. die Einhaltung der Konventionen kann nicht erzwungen werden.“ Im Gegensatz dazu sei die Europäische Gemeinschaft eine Rechtsgemeinschaft, deren Entscheidungen zumindest für die zwölf

Mitgliedsländer verbindlich seien. Positiv zu würdigen sei die Tatsache, daß Umwelt auch in Europa zu einem vorrangigen Thema geworden sei. Trotzdem habe mehr als die Hälfte der EG-Bevölkerung (51%) kein Vertrauen in die Wirksamkeit staatlicher, d. h. nationaler Umweltpolitik. Das Hauptproblem des europäischen Einigungswerkes bestehe darin, Gesetze mit einheitlichen Anforderungen für Länder mit unterschiedlichen Ausgangspositionen zu schaffen. „In Deutschland steht z. B. das Waldsterben durch Schadstoffbelastung im Vordergrund. In den südlichen Ländern der Gemeinschaft dominiert dagegen die Waldvernichtung durch Waldbrände.“ Außerdem lasse der nationale Vollzug dessen, was das Europäische Parlament im Umweltschutz erarbeitet habe, oft zu wünschen übrig.

★ ★ ★

Laurens Jan Brinkhorst:

Umweltpolitik ist Qualitätspolitik

Der Generaldirektor für Umwelt bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Laurens Jan Brinkhorst, führte aus, daß die Qualität der europäischen Umweltpolitik mit dem Maß der Verhinderung weiterer Steigerungen von Umweltbelastungen in den südeuropäischen Ländern zunehme. Auch die tatsächliche Anwendung der über 150 EG-Richtlinien in den Mitgliedsländern sei eine wichtige Aufgabe. Besonders der Dialog zwischen Umwelt und Landwirtschaft müsse in den kommenden Jahren gestärkt werden, wobei „die Integration der Umweltpolitik in andere Politikbereiche künftig gelingen müsse“.

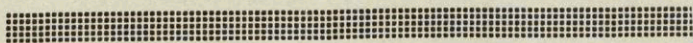
★ ★ ★

Dr. Stephan Schmidheiny:

Unternehmer beschäftigen sich heute selbstverständlich mit Ökologie

Der Präsident des Verwaltungsrates der ANOVA AG (Schweiz), Dr. Stephan Schmidheiny, mahnte das Zusammenwirken von Wirtschaft, Behörden und Bürger im Interesse der Erreichung ökologischer Ziele an. „Dann kann angeschlagenes Vertrauen wiedererlangt werden.“ Dies sei möglich, da für einen Unternehmer heutzutage die Beschäftigung mit Fragen der Ökologie genauso selbstverständlich sei wie mit Fragen der Produktion, des Vertriebes oder der Finanzen. „Wer wirtschaftliche Entwicklung ohne Beachtung der Ökologie betreibt, ist blind gegenüber der Zukunft. Wer Fragen des

Umweltschutzes ohne Beachtung der wirtschaftlichen Fakten bearbeitet, der wird scheitern.“ Abschließend stellte er fest, daß der europäische Markt eigentlich nur dann eine echte Chance habe, wenn die umweltrelevanten Lenkungsimpulse das marktwirtschaftliche Geschehen im gesamten europäischen Markt in eine ökologische Richtung leiten würden.



Kurt-Dieter Grill: Europa der Ökologie

Abschließend faßte Kurt-Dieter Grill, MdL, Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses „Umweltpolitik“, die Ergebnisse zusammen:

Heute ist durch Bundesumweltminister Klaus Töpfer und durch die anderen Teilnehmer unseres Europäischen Umweltforums die europäische Dimension im Umweltschutz besonders hervorgehoben worden. Das Bewußtsein nimmt zu, daß Luft und Wasser keine nationalen Grenzen kennen, und daß Umweltpolitik immer international, grenzüberschreitend angelegt sein muß.

Wir sind, so wird plakativ gesagt, spätestens nach Tschernobyl oder durch Bhopal darauf aufmerksam gemacht worden, daß wir in einer internationalen Risikogemeinschaft leben, deren Antwort eine internationale Sicherheitspartnerschaft im Umweltschutz sein muß. Es heißt eigentlich Eulen nach Athen zu tragen, wenn man sagt, die Umweltpolitik muß europäisch orientiert sein. Aber selbst die wirksamste isoliert europäische Umweltpolitik wäre zum Scheitern verurteilt, würde sie sich nicht gleichzeitig den globalen Herausforderungen stellen. Die Gefährdung des Klimahaushaltes der Erde durch die Belastung der Atmosphäre mit Kohlendioxid, mit Stickoxiden und anderen gasförmigen Stoffen, der Raubbau an tropischen Regenwäldern, die Bedrohung und Zerstörung der uns schützenden Ozonschicht durch Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW), um nur einige weltweite Probleme zu nennen, erfordern globale Strategien und Antworten. Im Vorgriff auf ein weltweites Übereinkommen müßten sich aber auch die EG-Mitgliedsstaaten, die etwa mit 10% an den weltweiten Emissionen beteiligt sind, ihren Beitrag leisten und Maßnahmen zur Emissionsminderung vereinbaren. Darüber hinaus gilt es auch die Staaten Osteuropas, die für etwa 26% der weltweiten Emissionen verantwortlich sind, einzubinden. Das gilt übrigens natürlich auch für die anderen umweltrelevanten grenzüberschreitenden Probleme. Im Grunde benötigen wir eine **Umweltaußenpolitik**.

Für einen ökologischen Generationenvertrag

Unsere Verantwortung für die kommenden Generationen gebietet uns, bei allen Abwägungen zwischen Ansprüchen des Menschen und Belangen der Umwelt nicht nur die jetzige Generation im Auge zu haben. Wir haben die Verpflichtung zu einem ökologischen Generationenvertrag. Das heutige Umweltforum hat gezeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg.

Natürlich, und darüber ist heute auch intensiv berichtet worden, gibt es erhebliche Umweltschäden. Diese Umweltschäden sind zu einem guten Teil deswegen regional unterschiedlich, auch im internationalen Vergleich regional unterschiedlich, weil sie die unterschiedliche Industriegeschichte der Regionen widerspiegeln. Aber: Diese unterschiedlichen Umweltschäden verursachen auch eine dementsprechend unterschiedliche Betroffenheit, eine unterschiedliche Wahrnehmung von Umweltgefahren. In Portugal und Spanien beispielsweise steht man den Schwefeldioxidbelastungen ganz anders als bei uns gegenüber: Einfach deshalb, weil man viel weniger zu ertragen hat.

Es ist deutlich geworden, daß die Priorität der Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland nur aus der Dringlichkeit der Probleme bei uns abgeleitet werden kann. Unzureichende Fortschritte bei internationalen Maßnahmen und Harmonisierung dürfen für uns kein Alibi für unzureichendes Handeln sein. Eine Rhetorik der Verharmlosung können wir nicht akzeptieren. Nicht der Langsamste darf das Tempo im Umweltschutz bestimmen.

Lassen Sie mich aber noch hinzufügen, daß für mich der nationale Alleingang natürlich immer dort notwendig ist, wo wir zur Lösung besonderer Probleme bei uns Zusätzliches tun müssen. Für mich gilt dies z. B. für das Thema „abgasarmes Auto“. Die Abgasreinigungstechnik ist da, die Einführung zur Reinhaltung der Luft ist notwendig, aber kein Bürger in der Bundesrepublik Deutschland versteht, daß wir darüber diskutieren. Wir müssen handeln, wenn notwendig national und gegen die Automobilindustrie.

Deutlich geworden ist heute auch, daß wir die Harmonisierung der Umweltschutzanforderungen unter dem Gesichtspunkt der Prävention vornehmen sollten. Wir müssen uns intensiv darum bemühen, unseren europäischen Partnerländern die Nachahmung der von uns in der Vergangenheit gemachten Fehler zu ersparen. Dies ist sicherlich eine der wichtigsten Aufgaben einer internationalisierten Umweltpolitik.

Wir brauchen Anreize, die Kreativität anregen

Fortschritte im Umweltschutz können wir nicht nur mit Geboten und Verboten machen. Was wir in Europa ebenso dringlich brauchen sind die Kräfte des Marktes. Wir müssen Anreize schaffen, die wirklich die Knappheit der Umweltressourcen in die betrieblichen Kalkulationen mit einbringen. Wir brauchen in unseren Verordnungen eben nicht nur die Fixierung des Standes der Technik. Wir brauchen Anreize, die die Kreativität anregen, um die Technik weiterzuentwickeln. Über marktwirtschaftliche Anreizmechanismen ist lange genug nachgedacht worden, jetzt müssen wir sie einführen. Die Signale, die die Wirtschaft am besten versteht, sind immer die, die über die Preise vom Markt her kommen.

Wir sollen die Möglichkeiten der marktwirtschaftlichen Anreizmechanismen nutzen, um damit nicht nur ein Europa der Ökonomie, sondern ganz besonders ein Europa der Ökologie zu entwickeln. Daran sollten wir alle intensiv weiterarbeiten.

Ich glaube, daß wir alle schon heute einen Beitrag dazu geleistet haben, daß Umweltschutz und Ökologie zukünftig mehr als bisher als Qualitätsmerkmal moderner Industriegesellschaften angesehen werden sollen. In den Stellungnahmen aus dem In- und Ausland wird die Harmonisierung als notwendig angesehen. Über die Möglichkeiten, Grenzen und Schwierigkeiten haben wir intensiv gesprochen.

„Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 ist für die Christlich Demokratische Union ein wichtiger Schritt auf dem Weg der EG zur Politischen Union — und nicht zuletzt Voraussetzung dafür, daß die Mitgliedstaaten der EG auch zu einer europäischen Umweltgemeinschaft zusammenwachsen.“

Bundeskanzler Helmut Kohl